TOM KREBS

KAPITAL UND KRISE

Wie Deutschland aus
der Wirtschaftskrise findet
– und wie nicht

oekom

oekom

Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen insbesondere über Muster, Trends und Korrelationen gemäß § 44b UrhG (»Text und Data Mining«) zu gewinnen, ist untersagt.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

© 2026 oekom verlag, München
oekom – Gesellschaft für ökologische Kommunikation
mit beschränkter Haftung
Goethestraße 28, 80336 München
+49 89 544184-200
info@oekom.de

Lektorat: Josefa Niedermaier
Korrektur: Petra Kienle
Satz: Christin Müller, Leipzig
Umschlaggestaltung: Grafikdesignstudio Carla Schwenk

Druck: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG
ISBN: 978-3-98726-529-7
https://doi.org/10.14512/9783987266393

TOM KREBS

KAPITAL UND KRISE

Wie Deutschland aus
der Wirtschaftskrise findet
– und wie nicht

oekom

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 9

ERSTER TEIL

KAPITEL 1

Von Wirtschaftskrisen und Scheindebatten 23

Die schwerste Wirtschaftskrise der deutschen Nachkriegsgeschichte 23

Scheindebatten: Wie Deutschland nicht aus der Wirtschaftskrise findet 33

Wirtschaftswachstum ist nicht alles: Klimaschutz und Gerechtigkeit 48

KAPITEL 2

Die Schocktherapie der Ampelregierung führt in die Wirtschaftskrise 53

Von der Energiekrise zur Wirtschaftskrise 54

Der erste Fehler der Ampelregierung: Angst vor Preiskontrollen 63

Der zweite Fehler der Ampelregierung: Austerität in der Krise 75

KAPITEL 3
Militär-Keynesianismus wird die Krise nicht beenden 83
Schwarz-roter Militär-Keynesianismus à la Reagan 84
Warum der Militär-Keynesianismus keine Lösung ist 90
… und die Reformagenda von Schwarz-Rot auch nicht hilft 97
Wirtschaftskrisen und Strukturkrisen 103

KAPITEL 4
Wie die Wirtschaftskrise zu einer politischen Krise wurde 109
Der Aufstieg der AfD 2022–2026 110
Die Rolle kultureller Faktoren 117
Von der politischen Krise zur Klimakrise 121

KAPITEL 5
Soziale Marktwirtschaft – was ist das eigentlich? 129
Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus 130
Die unsoziale Marktwirtschaft 134
Kritik am Neoliberalismus: Keynes und Polanyi 143
Kapitalismus und Krise: Karl Marx 148

ZWEITER TEIL

KAPITEL 6
Warum die geplante Marktwirtschaft eine Lösung sein kann 155

Leitlinien: Plan und politische Verantwortung statt Planlosigkeit und Scheinlösungen 156

Geplante Marktwirtschaft, soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftsdemokratie 164

Geplante Marktwirtschaft und der gestaltende Staat . . 170

KAPITEL 7
Energiekrise – Bezahlbarkeit fördern statt Schocktherapie 179

Die schwarz-rote Krisenunterschätzung und Scheinlösungen 180

Effektive Krisenpolitik: Den Energieschock an der Wurzel packen 187

Finanzpolitik: Wer soll das bezahlen? 198

Europa: Der Einfluss von Frankfurt (EZB) und Brüssel (EU) 206

KAPITEL 8
Strategische Industriepolitik – die Wirtschaft zukunftsfest machen 213

Leitlinien einer strategischen Industriepolitik 214

Grundstoffindustrie: Stahl 232

Cleantech: Grüner Wasserstoff 244

KAPITEL 9
Öffentliche Infrastruktur – das Fundament für nachhaltigen Wohlstand legen 251
Leitlinien einer modernen Infrastrukturpolitik 251
Stromnetze 256
Wohnen 268

KAPITEL 10
Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik – eine faire Wirtschaft für alle 281
Große Vermögen besteuern, um das Bildungssystem zu retten 281
Eigenheiten des Arbeitsmarkts 290
Die historische Aufgabe der Gewerkschaften 295

KAPITEL 11
Der Weg in eine bessere Zukunft 301

Anmerkungen 306
Literatur 336
Über den Autor 352

Einleitung

Stellen Sie sich vor, Sie gehören zu Familie Mustermann – dem wirtschaftlichen Durchschnitt der deutschen Gesellschaft. Sie haben zwei Kinder, Sie und Ihr Partner oder Ihre Partnerin arbeiten beide. Und trotzdem reicht das Einkommen plötzlich nicht mehr aus, um den Lebensstandard zu halten, den Sie noch vor einigen Jahren gewohnt waren: Der Wocheneinkauf wird immer teurer, die Miete wurde gerade erneut erhöht, und gleichzeitig wächst die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz.

So wie Familie Mustermann geht es derzeit vielen Menschen in Deutschland. Denn die deutsche Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise. Im Jahr 2026 liegt die Wirtschaftsleistung rund 11 Prozent unter dem Niveau, das ohne Krise zu erwarten gewesen wäre – ein wirtschaftlicher Verlust von historischem Ausmaß in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Für eine durchschnittliche vierköpfige Familie bedeutet das rechnerisch einen jährlichen Einkommensverlust von etwa 12.000 Euro. Das ist nicht einfach nur ein Urlaub weniger im Jahr – sondern ein spürbarer Verlust an Lebensqualität, Sicherheit und Zukunftsperspektive.

Das allein wäre schlimm genug, aber die Wirtschaftskrise ist längst nicht mehr nur ein monetäres Problem. Sie hat sich zu einer politischen Krise ausgeweitet. In Deutschland breitet sich zunehmend ein Gefühl der Verunsicherung aus, und demokratische Grundprinzipien geraten unter Druck. Im-

mer mehr Menschen fragen sich, warum sie Regeln einhalten sollen, die ihr Leben spürbar verschlechtern.

Ganz allgemein bröckelt die Zustimmung zu den demokratischen Spielregeln sehr schnell, wenn ein glaubwürdiges Wohlstandsversprechen fehlt. In einer politischen Demokratie muss die große Mehrheit der Gesellschaft davon überzeugt sein, dass ein Leben ohne Angst vor dem wirtschaftlichen Absturz und mit Hoffnung auf eine bessere Zukunft möglich ist. Eine stagnierende Wirtschaft ist daher eine ernst zu nehmende Gefahr. Denn warum sollten große Teile der Bevölkerung ein politisches System unterstützen, das ihnen gefühlt nur Wohlstandsverluste zu bieten hat?

Gleichzeitig rollt ein weiteres wirtschaftliches Risiko unaufhaltsam auf uns zu: Die Erderwärmung schreitet voran, mit Auswirkungen auf unzählige Menschenleben und Branchen. Doch die Politik zögert und zaudert. Wirksame Gegenmaßnahmen werden abgebremst oder gar nicht erst angefangen. Die Ampelregierung war mit großen klimapolitischen Ambitionen gestartet, infolge der Energiekrise 2022 rückte das Thema aber zunehmend in den Hintergrund. Und 2026? Ist die Klimapolitik seit dem Amtsantritt der schwarzroten Bundesregierung weitgehend aus der öffentlichen Debatte verschwunden.

Wie kann Deutschland dieser Vielfachkrise entkommen? Bundeskanzler Friedrich Merz hat darauf eine vermeintlich einfache Antwort: Die Deutschen müssen mehr arbeiten. Wenn nur alle kräftig »in die Hände spucken«, so die Botschaft, werde die Wirtschaft schon wieder in Schwung kommen. Unterstützung für seinen Kurs findet Merz bei der Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche sowie Unternehmensverbänden und dem ökonomischen Mainstream.

Statt über Klimathemen wird nun also öffentlich über Arbeitszeiten debattiert – oder zumindest so getan. Denn letztlich hat Merz nur eine Scheindebatte angestoßen, die an den tatsächlichen Problemen vorbeigeht. Die Arbeitsplätze bei BASF in Ludwigshafen, Thyssenkrupp in Duisburg und VW in Zwickau sind nicht etwa in Gefahr, weil die Beschäftigten keine Lust auf Arbeit haben. Zudem ist das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen in den vergangenen Jahren nicht nennenswert zurückgegangen. Zwar stimmt es, dass die Arbeitszeit je beschäftigter Person langfristig zurückgegangen ist. Dieser Trend ist aber zu großen Teilen darauf zurückzuführen, dass mehr Frauen mit Kindern in den Arbeitsmarkt eingetreten sind und dafür oft in Teilzeit arbeiten. Möchte die Regierung diese Entwicklung wirklich zurückdrehen? Wohl kaum.

Unbestreitbar gibt es in Deutschland strukturelle Probleme, die dringend angegangen werden müssen. An erster Stelle stehen die hohen Energiekosten. Deutschland hat die höchsten Strompreise in der EU, die Netzentgelte für Haushalte liegen hierzulande fast doppelt so hoch wie in Dänemark oder Frankreich. Warum? Wie kann es sein, dass es in Deutschland so viel teurer ist, Strom von A nach B zu transportieren? Woran das liegt, darauf werden wir im Verlauf dieses Buches zu sprechen kommen.

Was wir also dringend bräuchten, wäre eine grundlegende Strukturreform im Energiesektor, um die Energiekosten für Haushalte und Unternehmen zu senken. Leider hat es die zuständige Bundesministerin Reiche damit bislang nicht allzu eilig – vielleicht auch, weil durch solche Reformen die großen Energieversorger wie E.ON sowie Private-Equity-Firmen wie BlackRock weniger Gewinn machen würden.

Das ist enttäuschend, denn wenn die Energiepreise nicht spürbar gesenkt werden, ist keine nachhaltige wirtschaftliche Erholung in Deutschland möglich – auch nicht, wenn wir alle noch so kräftig in die Hände spucken.

Dies ist nur eines von vielen Beispielen, wie in der Öffentlichkeit hitzige Debatten über Scheinprobleme geführt werden, während die echten Probleme unerwähnt bleiben. In diesem Buch versuche ich, die wirtschaftspolitische Diskussion neu auszurichten und darauf aufbauend tragfähige Lösungen zu skizzieren, wie Deutschland einen Weg aus der Dauerkrise finden kann.

Mein Lösungsansatz basiert auf einer einfachen Erkenntnis: Die drei zentralen Krisen unserer Zeit – Wirtschaftskrise, Demokratiekrise und klimapolitische Krise – gehen auf eine gemeinsame Ursache zurück und können daher auch nur gemeinsam überwunden werden. Diese gemeinsame Wurzel liegt in unserer gegenwärtigen Wirtschaftsordnung – der Ludwig-Erhard-Version der sozialen Marktwirtschaft. Ein Konstrukt, in dem privates Eigentum und freier Wettbewerb auf Märkten den Wohlstand hervorbringen sollen, während der Staat die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen setzt und die Bürger:innen gegen zentrale Lebensrisiken absichert. Kurz gesagt: Der Markt schafft den Wohlstand, der Staat verteilt ihn.

Dieses Leitbild unserer Wirtschaftsordnung wurde bereits in den 1950er- und 1960er-Jahren entwickelt. Seine volle Wirkmacht entfaltete es jedoch erst in den drei Jahrzehnten vor der globalen Finanzkrise 2008. Nachdem der Staatssozialismus in den osteuropäischen Staaten zusammengebrochen war, trat der neoliberale Kapitalismus seinen weltweiten Siegeszug an – mit tiefgreifenden Folgen auch für Deutsch-

land. Das Motto war: »Der Markt regelt das.« Dieser naiven Marktgläubigkeit hängen große Teile der politischen Klasse nach wie vor an. Das führt(e) immer wieder zu politischen Fehlentscheidungen – mit teils dramatischen Konsequenzen für wirtschaftliche Stabilität, wirksamen Klimaschutz und die Funktionsfähigkeit der Demokratie.

Seit der globalen Finanzkrise befindet sich der Neoliberalismus auf dem Rückzug, doch seine Narrative prägen weiterhin die öffentliche Debatte und beeinflussen die Politik. So wurden während der Finanzkrise 2008 und der Coronakrise 2020 zwar großvolumige staatliche Rettungspakete zur sofortigen Krisenbekämpfung geschnürt. Darüber hinaus setzte sich aber kein kohärenter Gegenentwurf zum marktliberalen Paradigma durch. Als im Zuge des Ukrainekriegs die damit verbundene Energiekrise 2022 über Europa hereinbrach, war die Politik nicht vorbereitet und das Verhängnis nahm seinen Lauf.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind Energiekrisen wesentlich komplexer als eine Finanzkrise oder die Coronakrise. Denn die Politik muss gleichzeitig Rezession und Inflation bekämpfen. An dieser Herausforderung ist die Ampelregierung letztlich gescheitert. Während sie zu Beginn der Energiekrise 2022 einiges richtig gemacht hatte, betrieb sie dann in den entscheidenden Momenten eine marktliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik – und verschärfte damit die schwierige Lage. So wurde aus einer grundsätzlich beherrschbaren Energiekrise eine ökonomische Schocktherapie, die in die schwerste Wirtschaftskrise der deutschen Nachkriegsgeschichte mündete.

Derzeit versucht die schwarz-rote Regierung, die Krise mit einer Form des Militär-Keynesianismus zu bewältigen –

einem Ansatz, der bereits in den 1980er-Jahren unter Ronald Reagan praktiziert und teilweise von Donald Trump wieder aufgegriffen wurde. Im Kern bedeutet das: massiv steigende Militärausgaben, die über Schulden finanziert werden. Dazu kommen steuerliche Entlastungen für Unternehmen und der Aufruf an die angeblich »faulen« Beschäftigten, mehr zu arbeiten. Flankiert wird dieses Programm von Argumenten wie »Der Sozialstaat kostet zu viel« und »wir brauchen Bürokratieabbau«. Militär-Keynesianismus verbindet damit zwei Konzepte, die gemeinhin als Gegensätze gelten: staatliche Nachfrageimpulse durch kreditfinanzierte Rüstungsausgaben nach John M. Keynes und ein marktliberales Staatsverständnis im Sinne Ludwig Erhards.

Das klingt widersprüchlich und wenig überzeugend, und genau das ist es auch. Der Versuch, die Wirtschaftskrise mit Militär-Keynesianismus zu überwinden, wird scheitern. Denn die Marktwirtschaft in der Tradition von Ludwig Erhard, die sich Friedrich Merz und seine Wirtschaftsministerin Katherina Reiche so sehr herbeisehnen, ist die Ursache der Krise – nicht der Weg hinaus. Dies gilt auch dann, wenn dem Wirtschaftsliberalismus durch kreditfinanzierte Rüstungsausgaben ein keynesianischer Anstrich verliehen wird. »Deutschland ist zurück«, versprach Bundeskanzler Merz beim Amtsantritt. Längst ist klar, dass die schwarz-rote Regierung dieses Wachstumsversprechen nicht einlösen kann. Ganz im Gegenteil: Ihre verfehlte Energie- und Wirtschaftspolitik hat die deutsche Wirtschaft weiter geschwächt und den Aufstieg der AfD beschleunigt.

Die Misserfolge der Bundesregierung werden inzwischen selbst in wirtschaftsnahen Kreisen offen diskutiert. Um eigene Fehlentscheidungen zu relativieren und politi-

sche Verantwortung abzuwehren, führt Friedrich Merz weiter Scheindebatten und verlagert den öffentlichen Diskurs auf Nebenschauplätze: auf die angeblich mangelnde Leistungsbereitschaft der Beschäftigten oder einen vermeintlich ausufernden Sozialstaat. Zugleich bemüht er äußere wie innere Bedrohungsszenarien, um die Bevölkerung auf Verzicht und Opferbereitschaft einzuschwören. Dieser strategische Schachzug mag kurzfristig Unterstützung im politischen Berlin mobilisieren. Eine nachhaltige Antwort auf die zugrunde liegenden Probleme bietet er jedoch nicht. Denn die Demokratie lebt nicht von (hypothetischen) Angst- oder Mangelszenarien, sondern von einem glaubwürdigen Versprechen auf Fortschritt, Sicherheit und gemeinsamen Wohlstand. Wenn Kanzler Merz und Vizekanzler Klingbeil nicht sehr bald einen grundlegenden Kurswechsel vollziehen, wird die Demokratie in Deutschland irreversiblen Schaden nehmen.

Zugegeben, das sind nicht gerade rosige Aussichten. Doch nicht alles ist düster. Es gibt einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise – einen Weg, der zugleich die Demokratie stärkt und den Klimaschutz voranbringt. Um ihn einzuschlagen, müssen wir uns allerdings von der naiven Marktgläubigkeit verabschieden, die unsere Wirtschaftspolitik in den vergangenen vier Jahrzehnten geprägt hat. Wir müssen unsere Wirtschaftsordnung grundlegend neu denken. Der neoliberale Kapitalismus ist am Ende, weil er auf die drei zentralen Krisen unserer Zeit keine überzeugenden Antworten bietet. Hier etwas Bürokratieabbau, dort eine etwas expansivere Finanzpolitik: Derartige kosmetische Korrekturen am Status quo reichen nicht aus. Deutschland braucht einen grundsätzlichen Politikwechsel mit einem überzeugenden

Gegenentwurf zum entfesselten Kapitalismus, wie wir ihn aktuell erleben.

Im zweiten Teil des Buches entwickle ich die zentralen Elemente eines solchen Gegenentwurfs. Diese neue Wirtschaftsordnung beruht auf der Einsicht, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum nur durch ein gemischtes System aus Markt und Planung erreicht werden kann. Das Ergebnis wäre eine geplante Marktwirtschaft, bei der Markt und Staat sich funktional ergänzen: Der Staat legt zentrale politische Ziele fest, entwickelt einen gesamtwirtschaftlichen Plan und nutzt eine gestaltende Wirtschaftspolitik, um die gesteckten Ziele zu verwirklichen. Der Markt koordiniert dezentral die individuellen Entscheidungen privater Haushalte und Unternehmen in solchen Bereichen, in denen wohlstandssteigernder Wettbewerb grundsätzlich möglich ist. In anderen Bereichen, etwa bei der Energie- und Verkehrsinfrastruktur, erfolgt die Preisbildung durch staatliche Institutionen und die entsprechenden Dienstleistungen werden von öffentlichen Unternehmen bereitgestellt.

Die geplante Marktwirtschaft erzeugt wirtschaftlichen Fortschritt und stärkt die Demokratie, indem sie politische Handlungsspielräume eröffnet. Diese Spielräume können dann von der Politik in einem demokratischen Prozess genutzt werden, um die Grundlage für eine leistungsfähige und gerechte Wirtschaft zu legen. Die geplante Marktwirtschaft ist damit Voraussetzung für eine Politik, die hält, was sie verspricht – und so das Vertrauen der Menschen zurückgewinnt. Der Wirtschaftsliberalismus der letzten 40 Jahre hat hingegen nur politische Ohnmacht hervorgebracht und Misstrauen in demokratische Institutionen genährt. Die Verantwortung für zentrale politische Entscheidungen wurde an

anonyme Märkte und technokratische Institutionen wie die Europäische Zentralbank delegiert. Auf diese Weise hat die (neo)liberale Demokratie ihr eigenes Grab geschaufelt, denn sie hat einen zentralen Teil des gesellschaftlichen Zusammenlebens – die wirtschaftliche Aktivität – fast vollständig dem demokratischen Prozess entzogen.

Die geplante Marktwirtschaft ist weder klassische keynesianische Konjunkturpolitik noch zentralistische Planwirtschaft, wie manche vielleicht vermuten mögen. Vielmehr ist es eine Neujustierung des Verhältnisses von Markt und Staat: weg von einem Staat, der nur reagiert, und hin zu einem Staat, der vorausschauend handelt. Kern dieser Wirtschaftsordnung ist ein gestaltender Staat und eine indikative Wirtschaftsplanung, wie sie in den Jahren nach 1945 besonders in Frankreich und Japan eingesetzt wurde. Aber auch in Deutschland waren Struktur- und Industriepolitik sowie Preiskontrollen ein integraler Bestandteil der wirtschaftspolitischen Architektur in den 1950er- und 1960er-Jahren. Das außergewöhnlich hohe und breite Wirtschaftswachstum dieser drei Länder nach dem Zweiten Weltkrieg war zu einem erheblichen Teil das Resultat einer strategischen Industrie- und Wirtschaftspolitik. Es ist also keine neue Erkenntnis, dass eine Mischung aus Markt und Staat den Extremlösungen – ungezügelte Marktwirtschaft auf der einen, reine Planwirtschaft auf der anderen Seite – in vielen Belangen überlegen ist.

Nur ist diese Einsicht mit dem Siegeszug des Neoliberalismus in den drei Jahrzehnten zwischen 1980 und 2010 weitgehend in Vergessenheit geraten. Im kollektiven Gedächtnis blieb vor allem die verklärte Ludwig-Erhard-Folklore zurück. Ein gewaltiges Problem für uns alle, denn die Heraus-

forderungen des 21. Jahrhunderts lassen sich nicht mit den wirtschaftspolitischen Rezepten der 1980er-Jahre bewältigen. Und doch, trotz durchlebter Finanz- und Energiekrisen, wird die politische Debatte bis heute von einer naiven Marktgläubigkeit geprägt, die häufig nur den Kapitalinteressen dient und die Demokratie aushöhlt. Diese Marktideologie bestimmt nicht nur das Denken und Handeln von konservativ-liberalen Politikern wie Friedrich Merz und Christian Lindner, sondern ist auch bei der SPD und den Grünen – häufig unterschwellig – weit verbreitet. Die sogenannte politische Mitte ist überwiegend marktradikal. Entsprechend hat die Berliner Politik verlernt, die fundamentale Frage zu stellen: Welche Wirtschaftsordnung brauchen wir, um nachhaltigen Wohlstand und eine gerechte Verteilung der Markteinkommen zu gewährleisten?

Diese Frage ist aktueller denn je, denn die geoökonomische Lage hat sich verändert. Der Aufstieg Chinas, die Rekalibrierung der US-Politik: All das bedeutet, dass wir die Vielfachkrise nur mit einer grundlegenden Neuorientierung der deutschen und europäischen Wirtschaftspolitik überwinden können. Das Konzept der geplanten Marktwirtschaft, wie ich es vorschlage, ist ein solcher Ansatz.

Was heißt das nun ganz konkret? Es umfasst eine strategische Industriepolitik ebenso wie staatliche Preiskontrollen für grundlegende Güter und Dienstleistungen – etwa Energie, Verkehr und Wohnen. Diese Maßnahmen sind notwendig, um das Leben für Menschen wieder bezahlbar zu machen und gleichzeitig Planungssicherheit für Unternehmen zu schaffen. Darüber hinaus sollten zentrale Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Verteidigung sowie Teile der Grundstoffindustrie und des Wohnungssektors in

öffentliches Eigentum überführt werden. Denn in diesen Bereichen kollidieren die Interessen des privaten Kapitals mit dem Gemeinwohl und bremsen den wirtschaftlichen Fortschritt. Das darf nicht sein. Schließlich gilt es, große Vermögen angemessen zu besteuern und die Organe der Mitbestimmung zu stärken, um in allen Wirtschaftsbereichen die Voraussetzungen für würdevolle Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Die Verwirklichung einer geplanten Marktwirtschaft führt zwangsläufig zu einer Demokratisierung der Wirtschaft.[1] Denn auch in einem solchen Wirtschaftssystem gilt der Leitsatz: So viel Demokratie wie möglich, so viel Markt wie nötig! Die Idee der Wirtschaftsdemokratie hat historisch eine wichtige Rolle innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sowie der christlichen Sozialethik gespielt. Aktuell wird sie wieder intensiv in progressiven Kreisen diskutiert. Dabei steht im Zentrum der theoretischen Debatte die Frage, ob das Privateigentum an Produktionsmitteln – und damit der Kapitalismus als solcher – grundsätzlich mit den Interessen der abhängig Beschäftigten und einem menschenwürdigen Leben vereinbar ist. Auf den Punkt gebracht: Braucht es den Sozialismus, oder genügt auch eine reformierte soziale Marktwirtschaft?

Das vorliegende Buch gibt darauf keine abschließende Antwort. Stattdessen entwirft es einen Weg in eine bessere Zukunft, der die Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Ansätze betont und eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Status quo darstellt. Es ist der Versuch, einen ersten Schritt hin zu einer erneuerten Wirtschaftsordnung zu gehen. Das mag zunächst wenig erscheinen. Die aktuelle politische Lage zeigt jedoch, dass bereits ein solcher Schritt für

viele ein gewaltiger ist. Meine Hoffnung ist, dass dieses Buch dazu beitragen kann, ihn weniger gewaltig erscheinen zu lassen.

ERSTER TEIL

KAPITEL 1

Von Wirtschaftskrisen und Scheindebatten

Die Hiobsbotschaften aus der Wirtschaft reißen nicht ab. Wachstumsprognosen werden nach unten korrigiert, die Zahl der Insolvenzen steigt und die Industrie verliert jährlich über 100.000 Jobs – Tendenz steigend. Eine umfassende Analyse der makroökonomischen Entwicklungen bestätigt die Diagnose: Deutschland befindet sich in der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit. Wie konnte die deutsche Wirtschaft innerhalb weniger Jahre vom Spitzenreiter zum Schlusslicht werden? Ein Blick auf die Daten gibt Aufschlüsse und hält einige Überraschungen parat.

Die schwerste Wirtschaftskrise der deutschen Nachkriegsgeschichte

Die deutsche Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise und stagniert seit Jahren. Zugleich sind die Preise für Lebensmittel und Energie deutlich schneller gestiegen als die Löhne und Gehälter, wodurch der Lebensstandard vieler Menschen spürbar gesunken ist. Diese Entwicklungen spiegeln sich auch in den Wirtschaftsdaten wider.

Von 2010 bis 2019 entwickelte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion – das sogenannte Bruttoinlandsprodukt –

relativ gleichmäßig aufwärts und wuchs kumulativ um rund 16 Prozent.[1] Wäre die Wirtschaft diesem Vorkrisentrend weiter gefolgt, läge das Bruttoinlandsprodukt heute um 11 Prozent höher, als es tatsächlich der Fall ist. Umgekehrt heißt das: 2026 liegt die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland rund 11 Prozent unter dem Vorkrisentrend. Diese Lücke entspricht einem jährlichen Produktionsverlust von etwa 500 Milliarden Euro – ein Einbruch von historischem Ausmaß. Falls 500 Milliarden noch etwas abstrakt erscheinen, rechnen wir das Ganze für einzelne Privathaushalte um: Dann bedeutet das einen jährlichen Einkommensverlust von rund 12.000 Euro für jeden der rund 41 Millionen privaten Haushalte. Mit anderen Worten: eine massive Verschlechterung des Lebensstandards relativ zum Vorkrisentrend.[2]

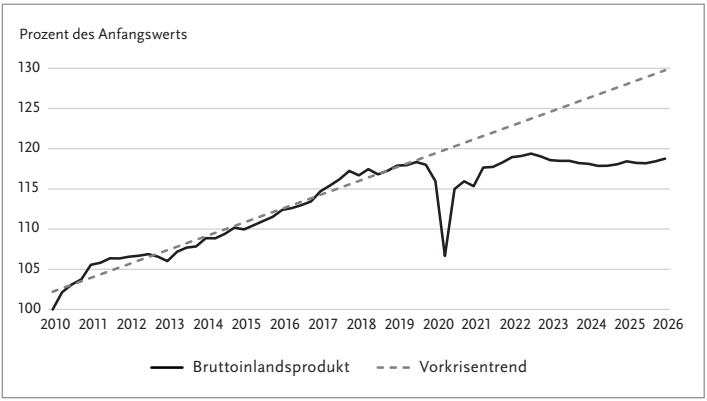

Abbildung 1: Produktion und Wachstumstrend[3]

Die Daten zeigen also, dass die Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise bereits mehrere Jahre zurückreichen. Spätestens seit 2023 war deutlich absehbar, dass wir ein Problem haben. Das wurde allerdings von der damaligen Ampelregierung

und ihren wirtschaftspolitischen Berater:innen weitgehend ignoriert, wie wir in Kapitel 2 sehen werden. Eine Kursänderung ist ebenfalls nicht in Sicht: Die neue Bundesregierung verfolgt weiterhin einen wirtschaftspolitischen Ansatz, der kaum geeignet ist, die Wirtschaft aus der Krise zu führen.

Der in Abbildung 1 dargestellte Wachstumstrend lässt sich als Ausdruck der Erwartungen interpretieren, die viele Menschen im Jahr 2019 hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Zukunft hatten. Die einfache Extrapolation linearer Trends ist ein üblicher Mechanismus der Erwartungsbildung und durchaus nachvollziehbar: Wenn ich zum Beispiel die letzten zehn Jahre jährlich 5 Prozent Lohnerhöhung bekommen habe, rechne ich damit auch in den kommenden Jahren, sofern keine weitere Information über einschneidende Ereignisse wie meinen Renteneintritt vorliegt. Analog bestand noch kurz vor Ausbruch der Coronapandemie berechtigter Anlass zu der Hoffnung, dass sich die deutsche Wirtschaft – und damit der durchschnittliche Lebensstandard – entlang der gestrichelten Linie weiterentwickeln würde. Bei dieser (berechtigten) Erwartungshaltung ist es nicht verwunderlich, dass sich in der Bevölkerung in den vergangenen Jahren zunehmende Frustration und Resignation ausgebreitet haben – und zugleich das Vertrauen in die Demokratie erschüttert wurde.

Aus ökonomischer Sicht stellt der Wachstumstrend in Abbildung 1 eine lineare Schätzung des Produktionspotenzials der deutschen Wirtschaft dar. Dieses Potenzial bezeichnet jene gesamtwirtschaftliche Produktionsleistung, die bei vollständiger Auslastung der vorhandenen Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital) erreichbar ist. Der dargestellte Wachstumstrend kann daher auch als die Entwicklung des Produktions-

potenzials bis 2026 interpretiert werden, wie sie 2019 auf Basis einfacher, linearer Schätzmethoden erwartet wurde. Wir sehen also im Vergleich, wie sich der Wachstumstrend hätte entwickeln können, wenn man die Entwicklung aus dem Zeitraum 2010 bis 2019 bis zum Jahr 2026 weiterdenken würde. Und wir sehen vor allem: Zwischen 2019 und 2026 hätte einiges ganz anders laufen können.

Fairerweise verläuft der Wachstumstrend nicht notwendigerweise linear. Zudem gab es 2019 schon Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung. Entsprechend hat die Bundesregierung im Herbst 2019 eine erweiterte Potenzialprognose erstellt, die diese beiden Faktoren auch berücksichtigt. Doch selbst dann ergibt sich eine leicht abgeflachte, aber immer noch stark steigende Linie, die nur etwas unter dem linearen Trend liegt (siehe Abbildung 2). Diese von der Bundesregierung erstellte Prognose kann als Konsens verstanden werden, da andere Institutionen – etwa der Sachverständigenrat – zeitgleich sehr ähnliche Einschätzungen veröffentlichten.

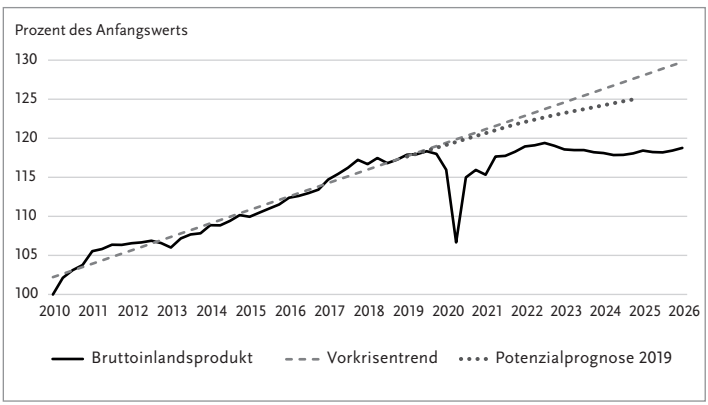

Abbildung 2: Produktion, Wachstumstrend und Potenzialprognose[4]

Steigende Lebensmittelpreise, unbezahlbare Mieten, Sorgen um die Rente: Deutschland schlittert immer tiefer in die Wirtschaftskrise. Wie konnte ein Land, das lange zur ökonomischen Spitzenklasse gehörte, so schnell den Anschluss verlieren?

Der Ökonom Tom Krebs sagt: Diese Krise ist kein Schicksal, sondern das Ergebnis politischer Fehlentscheidungen. Er warnt vor Scheindebatten über angeblich faule Beschäftigte und den Abbau des Sozialsystems. Stattdessen plädiert er für eine Politik, die ihre Gestaltungsrolle ernst nimmt, und für eine Marktwirtschaft, in der ein gutes Leben für die Bevölkerung Vorrang vor kurzfristigen Kapitalinteressen hat.

»Die Mehrheit der Bevölkerung traut dem Wirtschaftssystem nicht mehr über den Weg. Dieses Buch zeigt, warum das berechtigt ist – und was wir dagegen tun können.«

MAJA GÖPEL

www.oekom.de

9 783987 265297 26,00 € [D] 26,80 € [A]